

der Deputation selbst der Beschluß der Kammer nicht abgeschlossen sein. Dies zur Erläuterung; es hat nunmehr der Abgeordnete Schäffer das Wort.

Abg. Schäffer: Die formellen Bedenken, welche so eben angeregt wurden, haben mich auch abgehalten, den Meißel'schen Antrag zu unterstützen, und es würde nach meiner Überzeugung große Uebelstände herbeiführen, wenn heute berathen werden, und nach 8 oder 14 Tagen erst die Beschlussfassung erfolgen sollte; ich werde daher aus diesem Grunde dem Antrage nicht beitreten. Eine anderweite Erscheinung kann ich aber nicht unterdrücken, die ich gestern und heute in dieser Angelegenheit wahrgenommen habe, die nämlich, daß es mir geschienen hat, daß durch Aeußerungen, welche gefallen sind, man schon der Entschliessung über die eine oder andere Bahn, über die gegenwärtig noch nicht der Bericht vorliegt, gleichsam vorgreifen will. Man hat von einigen Seiten sich einverstanden erklärt mit dem von der Staatsregierung und der Ständeversammlung angenommenen gemischten Principe, hat aber zu gleicher Zeit schon darauf hingedeutet, daß, wenn man dieses Princip verfolge, man es nicht bloß bei einigen Bahnen, sondern bei allen und jeden Bahnen, die noch gebaut werden sollen, in Anwendung bringen müsse. Der Zweck, den man dabei verfolgt, ist mir zwar noch nicht ganz klar, ich hoffe aber, daß ich in der Folgezeit darüber Aufschluß werde erlangen und mir klar werden können, was ich um so mehr wünsche, indem das in so fern von Bedeutung für mich ist, als es auf meine Abstimmung eine Einwirkung hervorbringt. Was den vorliegenden Gegenstand selbst anlangt, so glaube ich, ist es am zweckmäßigsten, da einmal die Berathung begonnen hat, daß damit auch fortgefahen werde. Gebaut muß die Bahn werden, darüber scheint kein Zweifel obzuwalten, denn es liegen Verträge vor, welche erfüllt werden müssen, und es ist bloß über die Mittel zu berathen. Sollte der Staat diese Bahn noch können übernehmen, auf irgend eine Art, so würde ich selbst mich mit dieser Ansicht einverstanden erklären, aber auf die Ausföhrung des Beschlusses und der Berathung würde ich nicht eingehen können.

Staatsminister v. Falkenstein: Ich habe mich lediglich ebenfalls auf den Antrag zu beschränken, der von dem Abgeordneten Meißel gestellt worden ist, und ich gehe daher auf das Nähere der Sache, über die sich sonst Manches sagen ließe, nicht ein; ich bemerke auch, daß ich im Wesentlichen den Gründen, die bereits dem Antrage von dem Referenten und einigen spätern Sprechern entgegengestellt worden sind, vollkommen beizutreten habe. Ich erlaube mir aber noch, darauf aufmerksam zu machen, daß auch von Seiten der Regierung irgend ein Zusammenhang zwischen der Frage über die bairische Bahn und demjenigen, was künftig zu beschließen sein wird rücksichtlich der böhmischen Bahn, in der That nicht gefunden werden kann, daß nach dem, was vorhin hervorgehoben wurde, ein wesentlicher Unterschied schon darin liegt, daß es sich hier darum handelt, eine bereits theilweise fertige Bahn weiter zu bauen, und nicht eine völlig

neue Bahn zu beginnen. Was aber vorzugsweise rücksichtlich des vorliegenden Antrags von der entschiedensten Wichtigkeit ist, das ist der Umstand, daß gerade bei dieser auch von der Regierung allerdings als sehr wichtig anerkannten Angelegenheit eine gewisse Sicherheit von der allergrößten Wichtigkeit ist, und gerade im Interesse der Unternehmung selbst, wie im Interesse der Ständeversammlung und der Regierung liegen muß. Wozu sollte es führen, wenn, ohne irgend einen plausiblen Grund angeben zu können, der Beschluß über diese Angelegenheit, die schon deshalb, weil die Regierung sie für so wichtig hielt, eine entschiedene Ansicht darüber vor dem Zusammentritte der Stände nicht aussprechen zu wollen, bis jetzt ausgesetzt worden ist, nur darum noch ferner ausgesetzt werden sollte, lediglich um im Zusammenhange mit einer andern Angelegenheit Beschluß fassen zu können, über die sich Jeder, wie ich voraussetzen muß, nach seinen Ansichten eine Entscheidung bilden muß oder gebildet hat. Es ist in der That weder für das Unternehmen selbst, noch für die Actionaire, noch für die unmittelbar dabei Betheiligten, noch für die, welche den Bau beaufsichtigen sollen, vortheilhaft, wenn dieser Zwischenzustand so fortbauern soll, wie er sich jetzt herausgestellt hat. Unter den Gründen, die der Abgeordnete Meißel vorzugsweise auch heraus hob, aus denen er theils die Wichtigkeit der Sache zu deduciren glaubte, theils den Wunsch, die Beschlussfassung ausgesetzt zu sehen, motiviren wollte, befindet sich auch die Frage wegen der bedeutenden Bauten über das Gölzschthal und den Elsterfluß. Er bemerkte dabei, daß ja in dieser Rücksicht noch keineswegs Sicherheit vorliege, und daß er darüber nähere Auskunft erst gewünscht hätte, daß namentlich der Deputation das Nähere über diese Bauten nicht mitgetheilt worden sei. Ich glaube, der geehrte Abgeordnete hat sich darin wohl geirrt, indem allerdings officiell das specielle Gutachten der Commission der geehrten Deputation mitgetheilt worden ist, und übrigens jeden Augenblick ein Jeder im Stande sein wird, aus den Unterlagen sich zu überzeugen, mit welcher Sorgfältigkeit und Genauigkeit die Sache von Seiten der Regierung behandelt und von Seiten des Directoriums und von Seiten der Commission das Gutachten gegeben worden ist. Dieser Grund kann daher unter allen Umständen nicht dazu dienen, die Sache auszusetzen, die einer gründlicheren Behandlung kaum noch unterworfen werden kann. Es scheint mir daher im Interesse aller dabei Betheiligten auf das entschiedenste zu liegen, daß diese Angelegenheit berathen und zum Beschlusse geführt wird.

Abg. Pöppe: Wenn es mir möglich geworden wäre, ebenso, wie es der Herr Staatsminister erwähnte, einen Zusammenhang zwischen der Berathung in Bezug auf die sächsisch-bairische Bahn und der über die sächsisch-böhmische Bahn zu finden, so würde ich mich der Meinung angeschlossen haben, die der Abgeordnete Meißel ausgesprochen hat, um so mehr, weil ich stets vorsichtig bin, für meinen Theil Vorschläge zu machen, wenn man die Folgen derselben nicht übersehen kann. Aber gerade im Interesse des Unternehmens und im Interesse der Staatsregierung hielt ich es für eine Pflicht, dazu beizutragen, an die geehrte Kammer so bald als möglich die Anträge zu bringen, über die